V6

Verschiedene Anträge

Initiator*innen: Landesvorstand GRÜNE JUGEND NRW (dort beschlossen am: 20.10.2026)

Titel: **Jugendschutzstatut**

Antragstext

Erstes Jugendschutzstatut der GJ NRW

Inhaltsverzeichnis

Präambel

1. Geltungsbereich

2. Grundverständnis von Schutz und Jugendschutz

3. Awareness als Grundhaltung

3.1 Awareness bei Wahlen, Gremien und Delegationen

4. Jugendschutz auf Veranstaltungen

4.1 Öffentliche und nicht-öffentliche Veranstaltungen

4.2 Schlafenszeiten, Alkohol und Rauchen

6. Personensorge und Erziehungsbeauftragung

7. Prävention

8. Verantwortlichkeiten

8.1 Landesvorstand

8.2 Jugendschutzbeauftragter

8.2 Awareness-Team

8.3 Kreisvorstände

8.3 Landesteams

9. Intervention und Krisenmanagement

10. Verhaltensselbstverständnis

Präambel

Die Grüne Jugend NRW setzt sich dafür ein, dass junge Menschen ihre Gesellschaft aktiv mitgestalten, ihre politischen Überzeugungen einbringen und gemeinsam für eine gerechtere Zukunft eintreten können.

Aus diesem Selbstverständnis heraus trägt die Grüne Jugend NRW eine besondere Verantwortung für den Schutz von Kindern und Jugendlichen. Jugendschutz ist für uns nicht nur eine organisatorische Pflicht oder eine Frage gesetzlicher Vorgaben, sondern eine politische Haltung: Wer Beteiligung ermöglichen will, muss auch Verantwortung übernehmen und Macht kritisch hinterfragen. Gerade in einem Jugendverband müssen junge Menschen darauf vertrauen können, dass ihre Grenzen respektiert werden, dass sie Unterstützung finden und dass Hinweise auf problematisches Verhalten ernst genommen werden. Niemand soll zwischen politischem Engagement und dem eigenen Sicherheitsgefühl abwägen müssen.

Dieses Kinderschutz- und Jugendschutzstatut soll dafür verbindliche Grundlagen schaffen. Es beschreibt, wie wir sichere, respektvolle und diskriminierungsfreie Räume gestalten, Machtmissbrauch und sexualisierter Gewalt vorbeugen und im Verdachts- oder Krisenfall klar, transparent und verantwortungsvoll handeln.

Wie wir miteinander umgehen wollen, ist konkret im Konsensparagraphen geregelt: Die GRÜNE JUGEND NRW setzt sich für eine sichere, respektvolle und gewaltfreie Umgebung ein. Grenzverletzungen, sexualisierte Gewalt, Diskriminierung und sexistisches Verhalten werden nicht toleriert. Alle Mitglieder sollen respektvoll miteinander umgehen und die ausdrückliche Zustimmung anderer beachten („Ja heißt Ja“). Die Grenzen und die Privatsphäre Betroffener werden respektiert, und Übergriffe werden nicht verschwiegen. Die Verhaltensregeln gelten für alle Mitglieder, Mitarbeitenden und Teilnehmenden.

1. Geltungsbereich

Dieses Statut gilt für alle Aktivitäten, Strukturen und Veranstaltungen der Grünen Jugend NRW, insbesondere für:

- Landesmitgliederversammlungen (LMVen)
- Seminare, Kongresse, Bildungs- und Freizeitveranstaltungen
- Fahrten, Übernachtungen und mehrtägige Veranstaltungen
- Gremienarbeit, Wahlverfahren und Delegationsprozesse
- Digitale Räume (Chats, Videokonferenzen, soziale Medien)
- Die Arbeit in der Landesgeschäftsstelle

Es gilt für alle Mitglieder, Mandatsträger*innen, Funktionsträger*innen, Delegierte, Organisator*innen, Mitarbeitende sowie für externe Personen (die im Auftrag der GRÜNE JUGEND NRW tätig sind), die das 14. Lebensjahr erreicht haben.

2. Grundverständnis von Schutz und Jugendschutz

Die Frage des Schutzes von Minderjährigen ist für die Grüne Jugend NRW nicht allein eine rechtliche, sondern ausdrücklich eine politische Frage.

Unabhängig davon, ob Veranstaltungen formal als öffentlich oder nicht-öffentlich gelten, orientiert sich die Grüne Jugend NRW bewusst an den Regelungen des Jugendschutzgesetzes (NRW) und wendet diese sinngemäß an. Ziel ist es, über gesetzliche Mindeststandards hinaus einen verantwortungsvollen, transparenten und schützenden Rahmen zu schaffen. Deswegen können Regelungen dieses Konzeptes über das gesetzliche Mindestmaß hinausgehen.

3. Awareness als Grundhaltung

Awareness bedeutet für die Grüne Jugend NRW:

- Sensibilität für Machtverhältnisse
- Achtsamer und respektvoller Umgang
- Aktives Eingreifen bei Grenzverletzungen

- Ernstnehmen von Betroffenen
- Transparenz in Entscheidungs- und Konfliktprozessen

Awareness ist keine isolierte Aufgabe einzelner Teams, sondern Grundprinzip aller politischen und organisatorischen Arbeit.

3.1 Awareness bei Wahlen, Gremien und Delegationen

Interne Wahlen und Delegationsentscheidungen sind besondere Macht- und Entscheidungssituationen. Um Machtmissbrauch vorzubeugen, gilt Awareness daher ausdrücklich auch für:

- Wahlen zum Landesvorstand
- Wahlen zu weiteren GJ-Gremien
- Delegationen zu Parteigremien (z. B. LDK, LPR, Bundesgremien)
- Listen- und Votenprozesse

Dabei gelten folgende Grundsätze:

- faire und transparente Wahlverfahren
- Sensibilität für strukturelle Benachteiligungen
- Schutz vor Druck, Grenzverletzungen und Machtmissbrauch
- respektvolle Ansprache von Kandidierenden
- Möglichkeit zur Awareness-Begleitung bei Versammlungen

Awareness-Strukturen können auch bei Wahlen unterstützend tätig sein.

4. Jugendschutz auf Veranstaltungen

4.1 Öffentliche und nicht-öffentliche Veranstaltungen

Rechtlich bezieht sich der Jugendschutz auf öffentliche Veranstaltungen. Die Grüne Jugend NRW wendet die jugendschutzrechtlichen Regelungen grundsätzlich auch auf nicht-öffentlichen Veranstaltungen an, sofern Minderjährige teilnehmen. Sie behält sich allerdings vor, die Regeln auf ihren Veranstaltungen verschärft

anzuwenden.

5.2 Schlafenszeiten, Alkohol und Rauchen

Die gesetzlichen Mindestanforderungen lauten wie folgt:

Altersgruppe	Schlafenszeit	Alkohol	Rauchen	Geschützter Schlafraum
unter 16 Jahre	22:00 Uhr	nein	nein	ja
unter 16 Jahre*	00:00 Uhr	nein	nein	nein
unter 18 Jahre	00:00 Uhr	Bier, Wein, Sekt		

nein

ja

unter 18 Jahre*

_

Bier, Wein, Sekt

nein

nein

ab 18 Jahre

_

erlaubt

erlaubt

nein

* mit Begleitung einer erziehungsbeauftragten Person

Dennoch stellen wir fest, dass der einzige verantwortungsbewusste Konsum von Alkohol der ist, auf den verzichtet wird. Alkoholkonsum ist immer schädlich und auch geringe Mengen fügen insbesondere jungen Menschen, aber auch allen anderen erheblichen Schaden zu. Wir stellen uns deshalb hinter den Beschluss des ersten Länderrats 2026 und verbieten den Konsum von hartem Alkohol und verkaufen generell keine alkoholischen Getränke auf unseren Veranstaltungen. Der Landesvorstand sieht sich langfristig in der Verantwortung, eine Verbandskultur zu etablieren, in der auch Volljährige keinen Alkohol trinken.

Raucher*innenbereiche sind klar von Bereichen zu trennen, in denen sich Minderjährige aufhalten können. Die Verbreitung von Vapes darf nicht dazu führen, dass diese Bereiche aufgeweicht werden. Der Konsum von Cannabis sowie illegalen Drogen ist auf unseren Veranstaltungen gänzlich untersagt.

Schlafräume von Minderjährigen (U18) und Volljährigen (18+) sollen grundsätzlich getrennt werden. Deshalb setzen wir auf U18-Zimmer, ebenso wie U18-Duschzeiten bei geteilten Nassräumen. Dies ersetzt jedoch keine Awareness-Arbeit und keinen

Schutz vor Grenzverletzungen, sondern stellt lediglich das Mindestmaß an Vorsorge und Schutz dar, das wir leisten wollen.

6. Personensorge und Erziehungsbeauftragung

- Die Personensorge liegt bei den Personensorgeberechtigten (i. d. R. Eltern).
- Eine Übertragung der Aufsichtspflicht erfolgt ausschließlich durch eine vorherige, rechtsverbindliche Vereinbarung.
- Erziehungsbeauftragte Personen müssen volljährig und nüchtern sein.
- Umfang und Grenzen der Aufsicht werden transparent kommuniziert.

7. Prävention

Präventive Maßnahmen umfassen insbesondere:

- Schulungen zum Awareness- und zum Jugendschutzkonzept in Kreisverbänden
- transparente Kommunikation sensibler Inhalte bereits bei der Anmeldung zu Veranstaltungen
- klare Zuständigkeiten bei Veranstaltungen
- regelmäßige Überprüfung und Anpassung des Awareness-Konzepts
- Empfehlung zur jährlichen Auffrischung von Erste-Hilfe-Kenntnissen für Orga-, Vorstand- und Awareness-Teams

8. Verantwortlichkeiten

8.1 Landesvorstand

Der Landesvorstand trägt die politische Gesamtverantwortung für dieses Statut und organisiert jedes Jahr mindestens zwei Jugendschutzschulungen für Verantwortungsträger*innen.

8.2 Jugendschutzbeauftragter

Zusätzlich wird eine mitarbeitende Person als Jugendschutzbeauftragte bestimmt (in der Regel die aktuelle Organisatorische Geschäftsführung), die hinsichtlich

des Jugendschutzes geschult wird und diesen im Auftrag des Landesvorstandes aktiv umsetzt.

8.2 Awareness-Team

Awareness-Teams werden für Veranstaltungen benannt und sind erste Anlaufstellen bei Grenzverletzungen, Konflikten und Verdachtsfällen. Die Teams werden durch die*den AWG-Beauftragte*n des Landesvorstandes geschult.

8.3 Kreisvorstände

Kreisvorstände sind verpflichtet, mindestens eine Person aus ihrem geschäftsführenden Kreisvorstand zu den oben genannten Schulungen zu entsenden. Besonders Kreisverbände, die eine Mitgliederzahl von 100 überschreiten, sind dazu angehalten, mehrere Kreisvorstandsmitglieder schulen zu lassen. Sollten Kreisvorstände diese Schulung aktiv verweigern, sucht der Landesvorstand das Gespräch.

8.3 Landesteams

Teammitglieder der GRÜNEN JUGEND NRW, insbesondere die des Bildungsteams, sind als Verantwortungsträger*innen und Vorbilder ebenfalls zu oben genannten Schulungen verpflichtet.

9. Intervention und Krisenmanagement

Bei Verdachtsfällen sexualisierter Gewalt oder anderer schwerer Grenzverletzungen gilt für den*die Jugendschutzbeauftragte*n:

- Schutz der betroffenen Person hat oberste Priorität
- ruhiges, ernstnehmendes Vorgehen
- Dokumentation der Vorfälle
- Bildung eines Krisenteams
- ggf. Einbindung externer Fachstellen oder Behörden

Für Awarenessteams und Kreisvorstände gelten die ersten zwei Punkte. Sie werden in solchen Fällen nicht allein gelassen, sondern können in erster Linie an die internen Fachstellen verweisen: Bündnis 90/Die Grünen sowie die GRÜNE JUGEND selbst verfügen über Ombudsstellen, die vertraulich und parteilich für

Betroffene da sind. Der Schutz der Betroffenen hat für sie höchste Priorität. Sie können interne Aufklärung und Wiedergutmachung im Sinne der geschädigten Person anstreben oder an externe Fachstellen verweisen.

10. Verhaltensselbstverständnis

Alle Personen in Verantwortung innerhalb der Grünen Jugend NRW verpflichten sich auf ein Verhaltensselbstverständnis, das die Grundsätze dieses Statuts anerkennt und umsetzt.

Jugendschutz ist eine gemeinsame Aufgabe, die nicht mit dem Beschluss dieses Statuts endet, sondern sich vor allem in unserem täglichen Handeln und im Umgang miteinander zeigt. Als GRÜNE JUGEND NRW wollen wir eine politische Gemeinschaft sein, in der junge Menschen ihre Ideen einbringen, sich ausprobieren und Verantwortung übernehmen können, ohne Angst haben zu müssen, dass ihre Grenzen missachtet oder ihre Anliegen nicht ernst genommen werden. Dafür braucht es nicht nur klare Regeln und verbindliche Zuständigkeiten, sondern auch eine Kultur des gegenseitigen Respekts, der Aufmerksamkeit und der Solidarität.

Wir alle tragen Verantwortung dafür, wie wir miteinander umgehen, wie wir auf Grenzverletzungen reagieren und ob Menschen sich trauen, Probleme anzusprechen. Jugendschutz bedeutet deshalb auch, hinzuhören, Unsicherheiten ernst zu nehmen, Betroffene zu unterstützen und eigenes Verhalten kritisch zu hinterfragen. Es bedeutet, nicht wegzusehen, wenn jemand Hilfe braucht, und gemeinsam daran zu arbeiten, dass sich Machtmissbrauch, Diskriminierung und Gewalt nicht verfestigen können. Dabei ist uns bewusst, dass sichere Räume nicht allein dadurch entstehen, dass wir Regeln aufschreiben. Sie müssen jeden Tag gemeinsam gestaltet, überprüft und weiterentwickelt werden.

Mit diesem Statut schaffen wir eine verbindliche Grundlage für diese Verantwortung, die wir partizipativ weiterentwickeln möchten. Wir wollen, dass Kinder und Jugendliche bei der GRÜNEN JUGEND NRW Schutz, Unterstützung und Vertrauen erfahren und dass sie wissen, an wen sie sich wenden können, wenn sie sich unwohl oder unsicher fühlen. Unser Anspruch ist es, eine Organisation zu sein, in der niemand mit schwierigen Erfahrungen allein gelassen wird und der Schutz nicht vom Zufall oder von einzelnen Personen abhängt. Dafür setzen wir uns gemeinsam ein, in unseren Strukturen, auf unseren Veranstaltungen und in unserem alltäglichen Miteinander.

Ein Verband, indem sich minderjährige Mitglieder willkommen, wertgeschätzt und wirksam fühlen, erreichen wir nicht allein durch die Umsetzung unserer Jugendschutzverantwortung. Es braucht sichere Räume, Vernetzungsmöglichkeiten und Verständnis für ihre besonderen Lebenslagen.

Denn für die gerechte und solidarische Gesellschaft, für die wir politisch kämpfen, brauchen wir alle.

Begründung

Wir legen hiermit die erste Version des Jugendschutzkonzeptes vor, welches wir mit eurem Feedback und dem zukünftigen Konzept des Bundesverbandes, welches unter Beteiligung von Fachkräften entwickelt und gerade ebenfalls noch erprobt wird, weiterentwickeln werden.